

Datenschutzerklärung gemäß DSGVO

Sehr geehrte Patientinnen und Patienten,
die Krankengymnastik Kraft erhebt und nutzt personenbezogene Daten seiner Patienten.
Gemäß Datenschutzrecht sind wir zur Erteilung der folgenden Informationen verpflichtet.
Patienten im Sinne dieser Erklärung sind alle Personen, deren personenbezogene Daten
verarbeitet werden.

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Krankengymnastik Kraft

Praxis für Krankengymnastik, Lymphdrainage und manuelle Therapie

Inh. Nanni Özdemir – Kraft

Bahnhofstr.16

45879 Gelsenkirchen

II. Allgemeines zur Datenverarbeitung

1. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet, Kategorie der verarbeiteten Daten

Wir verarbeiten (u.a. erheben, speichern und verwenden) die folgenden personenbezogenen Daten unserer Patienten:

- Name, Vorname, Geburtstag, Geschlecht
- Postanschrift, eine ggf. abweichende Meldeadresse, Telefonnummer, Emailadresse
- Gesundheitsbezogene Daten, wie Diagnosen, bereits angewendete therapeutische Maßnahmen

Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DS-GVO werden nicht verarbeitet.

2. Umfang und Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Erfüllung der folgenden ordnungsgemäßen Zwecke der therapeutischen Anwendungen innerhalb der Praxis:

- Erarbeitung eines Therapieplanes
- Erbringung physiotherapeutischer Maßnahmen und Anwendungen
- Erfüllung und Erbringung der vom Arzt verordneten therapeutischen Maßnahmen
- Abrechnung

3. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten, berechtigtes Interesse

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist DSGVO.

4. Dauer der Speicherung

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind und die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist.

5. Weitergabe an andere Stellen und Zweck der Weitergabe

a) Die folgenden Daten werden weitergegeben an die Zentrale Abrechnungsstelle für medizinische Berufe:

- Name, Vorname, Geburtstag, Geschlecht, Krankenkassenzugehörigkeit
- Postanschrift, Versichertennummer
- Vom behandelnden Arzt erstellte Diagnose
- Art der angewandten therapeutischen Maßnahmen
- Behandlungsdaten
- Besondere Vermerke, wie Behandlungsabbrüche.

Auf Verlangen des behandelnden Arztes werden folgende Informationen weitergeleitet:

- Angewandte Therapien
- Behandlungsverlauf
- Prognostische Einschätzungen

Die Weiterleitung der oben genannten Daten dient der Information des Arztes über den aktuellen Stand, damit dieser über den weiteren Verlauf entscheiden kann.

6. Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Die Erfassung der Daten ist zur Erfüllung der ordnungsgemäßen Zwecke zwingend erforderlich. Es besteht seitens des Patienten keine Widerspruchsmöglichkeit.

III. Weitere Informationen und Rechte der betroffenen Person

1. Automatisierte Entscheidungsfindung, Profiling, Datenübermittlung in Nicht-EUStaaten

Die Daten werden nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung oder ein Profiling verwendet. Eine Datenübermittlung an Stellen außerhalb der Europäischen Union findet nicht statt.

2. Auskunftsrecht

Patienten können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die sie betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können sie von dem Verantwortlichen alle in dieser Datenschutzerklärung enthaltenen Informationen verlangen. Ferner können sie folgende Auskünfte verlangen:

(1) Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;

(2) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden; Patientenn steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

3. Recht auf Berichtigung

Patienten haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung, sofern die sie betreffenden personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Patienten die Einschränkung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

(1) Wenn sie die Richtigkeit der sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;

(2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;

(3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder

(4) wenn sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber den Gründen des Patienten überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung des Patienten oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Patientstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, wird der Patient von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

5. Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Patienten können in folgenden Fällen von dem Verantwortlichen verlangen, dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden:

(1) Die betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.

(2) Der Patient legt gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder es wird gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt.

(3) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.

(4) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

(5) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Information an Dritte

Hat der Verantwortliche (entgegen den Angaben in dieser Datenschutzerklärung) personenbezogene Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass die betroffene Person die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

(1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;

(2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

(3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;

(4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die

Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder

(5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

6. Recht auf Unterrichtung

Wurde das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Der Patient ist über diese Empfänger zu unterrichten.

7. Widerspruchsrecht aufgrund besonderer Situation

Patienten haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Patienten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht dem Patienten das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedsstaat seines Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn es der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde.